

Die „Arbeit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fortwährender Lieferung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorkaufszugaben werden besondere Vorkaufszugaben entgegen. Unser Erscheinen bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Elsassgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50

Die Jahrgangspostenspostenpreise über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigen. Verkaufte Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Schuldenfrage in Washington

Geneigtheit zum Schuldennachlaß?

EE. Washington, 26. November.

In amerikanischen Konferenzen wird die Frage immer wieder erwogen, ob die Angelegenheit der interalliierten Schulden in Washington erörtert werden soll oder nicht. Immer wieder hört man die Ansicht, daß dieser Gegenstand von der amerikanischen Regierung für diese Konferenz nicht vorgelegt werden sollte und daß die Angelegenheit ohne die Zustimmung der Amerikaner nicht erörtert werden könne. Aus amerikanischer Quelle wird die Anregung gegeben, daß der Abrüstungskonferenz eine andere folgen solle, die sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Welt befassen sollte. Man verweist aber darauf, daß selbst bei Geneigtheit der amerikanischen Regierung, in dieser Angelegenheit mit ihren Schuldnern beratige Abmachungen zu treffen, sich die öffentliche Meinung dagegen wenden würde, daß man auf die Eintreibung der Schulden verzichte, und daß die Opposition im Kongreß jede Maßnahme unmöglich machen würde, die sich auf diese Frage bezöge.

Infolgedessen ist es den Amerikanern angenehm, daß der französische Hauptdelegierte Briand abreiste, ohne die Frage der interalliierten Schulden aufgeworfen zu haben. Eine Reihe privater Besprechungen hat seit Beginn der Konferenz stattgefunden, und sie scheinen ein Einverständnis darüber herbeigeführt zu haben, daß in dieser Frage ein Kompromiß gefunden werden müsse. Man glaubt, daß die Amerikaner auf die Hälfte ihrer Schuldenprämie verzichten werden, falls die englische Regierung ihren Schuldnern gegenüber ein Gleiches tue. Bevor jedoch ein Kompromiß in dieser Hinsicht erreicht werden könne, müsse sich der Geist des gegenwärtigen Kongresses in radikaler Weise ändern. Man muß zu dem Erkenntnis kommen, daß der gegenwärtige Stillstand im Geschäftsleben nur dann beseitigt werden kann, wenn die europäischen Löhne vermindert werden. Die Bankiers erklären, daß von den Vereinigten Staaten seit dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg an die veräußerten Mächte 1200 Millionen Pfund Sterling verliehen wurden. Man verweist darauf, daß man Amerika diese Beträge für Lebensmittel und Munition schulde und daß die Gewinne aus diesen Verkäufen in Amerika geblieben seien. Auf diese Gewinne sollte Amerika vor allem verzichten. Die heftigsten Opponenten gegen jeden Schuldennachlaß sind natürlich die Farmer und deren Vertreter im Kongreß. Man macht nunmehr Anstrengungen, um die Farmer zu überzeugen, daß auch ihre Rettung in einer Festigung des Außenhandels und der Verhältnisse liege, was aber nur durch einen Schuldennachlaß erfolgen könne. Gegenwärtig könnten die Farmer für ihre Produkte nur geringe Preise erzielen, ja, sie wären vielfach gezwungen, ihr Vieh mit Getreide zu füttern, weil die europäischen Staaten die Preise dafür nicht zahlen können. Man hofft infolgedessen, daß sich auch die Farmer recht bald den Fabrikanten und anderen Geschäftsgruppen anschließen mögen, damit diese einem Schuldennachlaß der Vereinigten Staaten um 50 Prozent zustimmen.

Wie aus weiteren Meldungen hervorgeht, sollen die Amerikaner mit einer Herabsetzung der Kriegsschulden der Alliierten einverstanden sein, wenn die Delegationen dem Abrüstungsplan ihre Zustimmung geben. Gegenüber diesen Nachrichten ist stärkste Zurückhaltung geboten. Ebenso zurückhaltend muß man gegenüber den Mitteilungen sein, daß eine zweite Konferenz in Washington geplant wird, zu der auch Deutschland eingeladen werden soll. Bei der allseitigen in Deutschland herrschenden Geneigtheit, sich weitgehenden Hoffnungen auf einen Schuldennachlaß hinzugeben, kann nicht entschieden genug vor unbegründetem Optimismus gewarnt werden, der letzten Endes nur dazu führt, daß man die Hände in den Schoß legt, die Steuerabotage der Kapitalgewaltigen ruhig weitergehen läßt und solange auf ein „Wunder“ wartet, bis die Wellen des finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs über ganz Deutschland zusammenschlagen.

Die Kreditaktion der deutschen Industrie

Eine Kritik des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Das Bulletin des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam nimmt in beachtenswerter Weise Stellung zu dem Verhalten der deutschen Industrie in der gegenwärtigen Finanzkrise und den Forderungen, die die deutschen Gewerkschaften demgegenüber aufgestellt haben. Es weist auf die Unvereinbarkeit der Gegensätze hin, die zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und dem Expansionsplan der Industrie bestehen und fährt dann fort:

„Der Charakter des Staates als Machsinstrument entweder einer kleinen Schicht von Industriemagnaten und Finanzgewaltigen oder der Gesamtheit der produktiv-tätigen Volksguppen könnte nicht schärfer aufgezeigt werden als durch diesen Konflikt. Anstatt wie beim Kapitalismus mit militärischen Mitteln, versucht die Schwerindustrie, sich nun auf dem Wege des Verklebmonopols die Herrschaft über den Staat zu sichern, ein Verzicht, der, wenn er glückt, noch gefährlicher wäre als der erste Staatsstreik. Wieder sind es die freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten, die dieser Aktion ihre wirtschaftliche Macht

geschlossen entgegensetzen. Die Industrie weiß aber selbst, daß ohne Mitwirkung der Gewerkschaften ihr Plan nicht gelingen kann; er kann als gescheitert angesehen werden, wenn Arbeiter, Angestellte und Beamte von ihrer Macht entschlossen Gebrauch machen.

Die Arbeiter in allen Ländern stehen in schweren Verteidigungskämpfen. Nicht nur um die Errungenschaften der letzten Jahre geht dieser Streit, sondern in allen Industrieländern wagt sich der Feind an Stellungen heran, die längst außerhalb des Kampfbereiches zu liegen scheinen. Der Angriff der deutschen Industrie ist der bisher besterwogene Vorstoß gegen die öffentlichen Unternehmungen; seine Folgen, wenn er gelingt, können von verhängnisvoller Bedeutung für die Demokratisierung des Wirtschaftslebens sein. Die europäischen Arbeiter setzen ihr Vertrauen in die stärkste Gruppe der internationalen proletarischen Armee, daß sie nicht nur ihre Stellungen behaupten, sondern ihre Forderungen wirklich durchsetzen und einen Sieg erkämpfen wird, die über die nationalen Grenzen fortwirken und die Reaktion auch in den anderen Ländern zurückzuführen wird.“

Dieser Appell der internationalen Gewerkschaften an das deutsche Proletariat wird zweifellos in allen Kreisen der deutschen Arbeiterchaft die stärkste Beachtung finden und den Widerstand gegen die reaktionären Bestrebungen des Kapitals verstärken. Das Vertrauen, das die Gewerkschaften der anderen Länder in die Schlagkraft und Fähigkeit der deutschen Arbeiterorganisationen setzen, wird durch diese nicht enttäuscht werden.

Der Arbeitsplan für Oberschlesien

Die wichtigsten Arbeiten abgeschlossen

Genf, 25. November (W. T. S.).

Die deutsch-polnische Konferenz erledigte heute ihre wesentlichen vorläufigen Aufgaben, das heißt endgültige Aufstellung des Arbeitsplanes und kam dabei zu dem von deutscher Seite befürworteten Beschluß, daß die Unterausschüsse ihre Sitzungen in Oberschlesien abhalten. Die Unterausschüsse, an der Zahl elf, werden sich folgende Aufgaben teilen:

1. Eisenbahnwesen.
2. Elektrizität und Wasser.
3. Währungsfrage.
4. Post, Telegraph und Telephon.
5. Zollwesen.
6. Kohle und Bergwerksprodukte.
7. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.
8. Soziale Versicherung.
9. Grenzverkehr.
10. Gesetzgebung, Privatrecht und Rationalität und Wohnungsfrage.
11. Schutz der Kinderheiten.

Alle diese Kommissionen treten am 9. Dezember in Oberschlesien zusammen, mit Ausnahme der Kommission für die Kinderheiten, die nach Genf berufen wird. Später soll noch eine Unterkommission berufen werden, welche die Funktionen der gemischten Kommission, das Schiedsgericht und die anderen zwischenstaatlichen Organe zu prüfen und die Ausführung des Abkommens zu sichern hat. Voraussichtlich wird diese auch in Genf tagen. In den Ausschüssen führt abwechselnd ein Deutscher und ein Pole den Vorsitz. Es wird Sorge dafür getragen, daß der Präsident der Konferenz, Calonder, über die Arbeiten der Ausschüsse auf dem laufenden bleibt. Sie sollen ihre Arbeiten so früh fertigstellen, daß am 15. Januar die Gesamtkonferenz der Regierungsbevollmächtigten wieder in Genf zu einer zweiten Tagung zusammenkommen kann. Die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten werden dann dem Präsidenten ihre Vorschläge unterbreiten. Wie die kurze heute abend von der Konferenz ausgegebene Mitteilung feststellt, wird der Text des Abkommens dann gemeinsam von den beiden Vertretungen mit dem Präsidenten Calonder aufgestellt werden, wobei der Präsident darüber zu wachen hat, daß dieser Text dem Beschluß der alliierten Mächte entspricht. Im Falle der Uneinigkeit zwischen den beiden Parteien soll der Präsident selbst den endgültigen Text festlegen.

Damit hätte die Konferenz ihre wichtigsten Arbeiten abgeschlossen. Sie wird daher nur noch am Sonnabend vormittag um 11 Uhr zu einer Schlußsitzung zusammentreten, in der allerdings jedenfalls noch einige Einzelfragen erörtert werden können. Dann wird sie sich sofort bis zum 16. Januar vertagen, was natürlich nicht ausschließt, daß eine Zusammenkunft nach Genf früher anbequamt werden kann.

Die Konferenzmitglieder sind für heute abend zu dem Leiter der Rechtsabteilung des Völkerbundes van Hamel zu Gast geladen. Die deutsche Abordnung reist morgen gleich nach der Sitzung nach Deutschland zurück.

Paris, 25. November.

Einer Havasmeldung zufolge hat die Völkerverkonferenz in Verantwortung einer Anfrage Calonders beschlossen, die Interalliierte Kommission in Opatow telegraphisch zu ersuchen, den Unterkommissionen für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen den Aufenthalt in Oberschlesien zu erlauben.

Schöne Seelen finden sich

Von Paul Lange

Aus der Kriegszeit her sind noch die Werbeschriften der wüsten deutschen Annektionsheer bekannt. Um diese natürlich auch im Auslande bekannte, kriegsverlängernde Annektionspropaganda den Arbeitern schmackhaft zu machen, engagierten sie sich in verschiedenen Fällen einige Rechtssozialisten als Mitarbeiter, die in diesen Annektionschriften über die Kriegsschuld der ausländischen Regierungen orakelten und die deutschen Arbeiter zum „Durchhalten“ aufpeitschten. Ich erinnere nur daran, daß es noch im Jahre 1918 der Rechtssozialist Dr. David und andere fertiggebracht haben, an einer Broschüre („Vom kommenden Weltfrieden“, Montanus-Verlag, Siegen und Leipzig) mitzuwirken, in der Fürst zu Salm-Horstmar gegen die weitere Demokratisierung des Wahlrechtes ankämpfte, Graf von Spee als Friedensziel den Kampf gegen sozialistische, staatssozialistische und kommunistische Bestrebungen bezeichnete, Dr. Gustav Stresemann ausführte, Hindenburg möge entscheiden, wie weit die deutschen Grenzen ausgedehnt seien. A. von Rieppel meinte in derselben Broschüre, Belgien müsse von Deutschland abhängig bleiben; Richard Mumm wünschte, Belgien in seine natürlichen Teile zu zerlegen; Herr Bacmeister verlangte, daß „Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich fest in deutscher Hand bleiben muß“; ferner wünschte er die Einverleibung von Brien und des Kohlenbeckens von Valenciennes in Nordfrankreich, und die zwangsweise Vertreibung der französischen Bevölkerung aus diesem Gebiete! Graf zu Hoensbroech aber erklärte in dieser Broschüre: „Nur auf der Macht, die wir uns in diesem Kriege erringen, darf sich das spätere Verhältnis zu unseren Gegnern aufbauen.“

Die Friedenswünsche des Grafen Hoensbroech sind in fürchterliche Erfüllung gegangen. Der trasse Machtstandpunkt kommt im Friedensvertrag wirklich zum Ausdruck. Damit sind jene wahnwitzigen deutschen Machtpolitiker natürlich nicht zufrieden. Die Macht soll außen- und innenpolitisch nur entscheidend sein, wenn sie in ihren Händen ist. Sie selbst verlangen, von ihren Gegnern in der inneren und der äußeren Politik nach dem Spruche behandelt zu werden: Liebet eure Feinde, segnet die euch fluchen.

Darum haben jetzt, im Herbst 1921, Freiherr von Persner, Graf zu Dohna, Dr. Gustav Stresemann, General v. Gallwitz, Dr. Hefflerich, Admiral v. Reuter, bayerischer Ministerpräsident a. D. v. Kahr, v. Lettow-Vorbeck, General v. Seekt, Dr. Sorge (Vorsitzender des durch seine „Kredithilfe“ bekannten Reichsverbandes der Industrie) usw. ein Buch „Verfallens“; Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin) herausgegeben, das sie einen „Vollkommentar des Friedensabkommens“ nennen, obwohl es nur eine Zusammenstellung derjenigen Friedensbestimmungen ist, die sich am besten zur nationalistischen Seite eignen.

Wie es in der Kriegszeit bei den Annektionschriften der Fall war, so haben sich die Nationalisten auch für dieses Buch einige Rechtssozialisten gemietet: den Reichskanzler a. D. Hermann Müller, den Reichstagspräsidenten Löbe, den Reichswehrminister a. D. Roste, den „Vorwärts“-redakteur Stampfer, den Abgeordneten Hue.

Einige Stichproben aus dem Buche: Freiherr von Persner rühmt sich, am 3. Februar 1920 die französische Regierung durch sein Verhalten in der Frage, ob der Kaiser auszuliefern sei, provoziert zu haben. Roste stöhnt, weil Deutschland nach dem Friedensvertrage nur ein Heer von 100 000 Mann halten darf, über die Entwaffnung eines großen Volkes, das wehrlos gemacht worden sei. Auf der nächsten Seite klagt General v. Gallwitz:

„Die Arbeit von Jahrhunderten, das stolze Erbe der preussischen Könige und deutschen Landesfürsten, die festeste Säule vaterländischen Empfindens, sie sind vernichtet... Die Kriegsakademie, die Kriegsschulen, die Kadettenanstalten, diese Pfanzhütten unseres Führertums, sind geschlossen. Unser von aller Welt bewundertes Generallstab, der Arbeitsboden eines Rostke und Schlieffen, aufgelöst und verboten!... Doch eins können sie uns nicht nehmen; unsere Geschichte, unsere Ueberlieferung, unsere Anhänglichkeit an des Kaisers Rod, den Geist von 1813 und 1914, unsern Willen zum Wiederaufleben. Dieser Wille wird stärker sein, als das Diktat von Versailles!“

Der wilde Annektionspolitiker Dr. Stresemann besetzt die geradezu groteske Dreistigkeit, in dem Buche darüber zu klagen, daß Luxemburg (das während des ganzen Krieges wider seinen Willen von Deutschland besetzt war) durch den Friedensvertrag gezwungen ist, nach Westen Anschluss zu suchen. General Hoffmann ist wenigstens anständig genug, zuzugeben, daß durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk, Polen, Litauen, Lettland und Estland, in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis von Deutschland“ gekommen waren. Nach Dr. Hefflerich ist es ein unerhörter Frevel, wenn auch nur ein einziger Quadratmeter vor überwiegend von Polen bewohnten ehemals königlich preussischen Gebiets an die Republik Polen gekommen wäre.

Die nationalistischen Revanchepolitiker, die in ihrem Wahnsinn lieber heute als morgen gegen Frankreich und

Kolon Krieg führen möchten, tun von ihrem Standpunkte aus zweifellos klug, sich der Mithilfe jener Rechtssozialisten zu bedienen. Diesen aber kann man nur zurufen: „F u i T e u f e l l“ in der Hoffnung, damit lebhafteste Zustimmung auch bei den rechtssozialistischen Arbeitern zu finden.

Wenn die Rechtssozialisten einen Kommentar zum Friedensvertrag herausgeben wollen, mögen sie es tun; daß sie sich aber zu diesem Zwecke mit Herrn v. Kahr, Herrn Dr. Helfferich und ähnlichen Politikern verbinden, ist trotz allem, was bisher vorgefallen ist, immerhin bemerkenswert.

Aus der zweiten Internationale Ohnmacht und Hilflosigkeit

Am 22. und 23. d. Mts. hat in Brüssel die Exekutive der zweiten Internationale eine Sitzung abgehalten, in der folgende Entschlüsse angenommen wurden:

1. Die Exekutive der gesamten Internationale hat die jetzige europäische Lage besprochen, um zu untersuchen, wie eine gemeinsame sozialistische Aktion durchgeführt werden kann.

Die Exekutive ist der Ansicht, daß zwei Probleme die sofortige Aufmerksamkeit fordern: die allgemeine Abrüstung und die Finanzlage der Welt. Die Washingtoner Konferenz wird die erste Frage in einer Weise behandeln, die völlig unbedeutend für die internationale sozialistische Bewegung sein wird. Die Internationale muß darum jetzt mit größter Energie die nötige Abrüstung zur See, zu Lande und in der Luft fordern.

Eine Erklärung über diese Fragen, unterstützt von der Autorität der Arbeiterschaft der ganzen Welt, ist notwendig als Wegweiser nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die parlamentarischen Fraktionen der verschiedenen Länder. Die jetzige finanzielle Lage hindert den internationalen Handel, verursacht dadurch ausgedehnte Arbeitslosigkeit und bedroht ganze Nationen mit dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch und neuen schweren internationalen Konflikten. Die Exekutive ist deshalb der Ansicht, daß eine Konferenz der Arbeiter und sozialistischen Parteien ohne Verzögerung abgehalten werden sollte, und erklärt es für die vornehmste Pflicht aller sozialistischen Parteien, das Zustandekommen und den Erfolg einer solchen Konferenz zu fördern.

2. Die Exekutive weist alle parlamentarischen Fraktionen an, sich des Finanzlebens der Welt darauf hin, daß der Völkerbundrat die Pflicht hat, der ersten Brüsseler Finanzkonferenz vom September 1920 eine zweite folgen zu lassen. Sie erinnert daran, daß auf Grund des Artikels 11, Abschnitt 2, der Satzung des Völkerbundes jedes Mitglied das Recht hat, der Aufmerksamkeit des Rates jeden Umstand zu unterbreiten, der den Weltfrieden zu stören droht.

Niemals war die Erfüllung dieser dem Völkerbundrat gestellten Aufgabe dringender als jetzt, wo die Welt in Elend und Anarkie zu versinken droht.

Die Exekutive ersucht alle sozialistischen Fraktionen, in ihren Parlamenten auf das Zustandekommen einer internationalen Konferenz zur Lösung des Finanzproblems hinzuwirken.

Wohl noch nie hat die leitende Körperschaft einer internationalen proletarischen Organisation, die Anspruch darauf erhebt, eine führende Rolle in der Weltpolitik des Proletariats zu spielen, eine solche Hilflosigkeit offenbart, wie die soeben stattgefundenen Versammlung der Exekutive der zweiten Internationale. In einer Situation, die erfüllt ist von zahlreichen internationalen Spannungen und Konfliktsmöglichkeiten, weiß sie nichts anderes, als die akademische Forderung der völligen Abrüstung aufzustellen, ohne den proletarischen Parteien auch nur die geringsten Richtlinien zu geben, wie sie den Kampf gegen die drohenden internationalen Konflikte und Kriegsgefahren zu führen haben. Und angesichts der ungeheuren Wirtschaftskrise und Finanzkatastrophe, die das Proletariat aller Länder bedrohen, weiß sie keinen anderen Ausweg, als an den Völkerbundrat zu appellieren, eine neue Finanzkonferenz einzuberufen, und dem Wunsch Ausdruck zu geben, eine internationale soziali-

stische Konferenz zur Lösung des Finanzproblems zu veranstalten.

Man braucht bloß die Ergebnisse dieser Konferenz der zweiten Internationale mit den Beschlüssen der kürzlich stattgefundenen Konferenz der Internationalen Gewerkschaften in Amsterdam zu vergleichen, um den Abstand zu erkennen, der die hochweisen Staatsmänner der zweiten Internationale von den proletarischen Massenorganisationen trennt. Hier lebendig pulsierender Kampfsgeist, der angesichts der drohenden Kriegsgefahren den Generalkrieg der wichtigsten und stärksten Gewerkschaftsverbände ankündigt, dort kampfloses Sichtreibenlassen, verbunden mit einem Appell an den guten Willen der kapitalistischen Regierungen. Immer deutlicher stellt es sich heraus, daß die zweite Internationale in allen wichtigsten Fragen zur Ohnmacht verurteilt ist, weil sie weder den Willen noch die Kraft hat, zu den Problemen der internationalen Politik des Proletariats eine Stellung einzunehmen, die der veränderten Weltlage und dem schärfer ausgeprägten Geist des Klassenkampfes in den proletarischen Massen entspricht.

Eine Zentrale für Altschugauer Die Brunnerlei im preussischen Landtag

Die Mader sind durch den schmachvollen Reinfall, den ihnen der Reigenprozeß bereitet hat, nicht befehrt worden. Sie sind drauf und dran, den polizeilichen Unratschneidern noch größere Machtbefugnisse zu geben, damit das organisierte Vergernisnehmen weitere Fortschritte machen kann. Im Hauptauschuß des preussischen Landtags hatte das Zentrum schon im Sommer einen Vorstoß unternommen, die Machtbefugnisse der polizeilichen Schnüffler wesentlich zu erweitern. Der bekannte Zentrumsabgeordnete F a h e n d e r, der grundsätzlich nicht ins Theater geht und sicher auch keine schönegeistigen Bücher liest, dafür aber um so eifriger nach Werken schnüffelt, in denen sich irgendeine Stelle befindet, die seinem frommen Gemüt nicht behagt, hatte beantragt, beim Berliner Polizeipräsidenten eine Zentrale zu schaffen, die den Kampf gegen das fährliche, was Brunner und Konsorten als unzüchtig empfinden.

Dieser Antrag wurde im Ausschuß leider angenommen, ohne daß eine gründliche Beratung der Materie vorangegangen wäre. Der Antrag liegt nunmehr dem Plenum des Landtags vor und es soll über ihn bei der Beratung über den Etat des Innern entschieden werden. Zugleich hat Herr Fahender noch einen neuen Antrag eingebracht, der die Folge jenes Anfalls ist, den die Unsitlichkeitschneidler beim Reigenprozeß erlitten haben. Es wird verlangt, daß bereits vor dem Inkrafttreten eines neuen Reichsstrafgesetzbuches eine Aenderung der Strafbestimmungen bezüglich der unzüchtigen Handlungen erfolgt, und zwar in der Richtung, daß nicht mehr das bloße Vergernisnehmen, sondern schon die Feststellung des objektiven Tatbestandes genügt, um die schärfsten Strafen auszusprechen. Gegen diesen Antrag wird im Landtag energig Front gemacht werden müssen. Sollte erangenommen werden, dann würden für Brunner und den Kreis seiner Beschwehnen gute Tage andrehen, dann würde kein Kunstwerk und keine dichterische Darstellung, die das Gebiet der Liebe behandelt, vor polizeilicher und gerichtlicher Verfolgung gesichert sein.

Ebenso gefährlich für die Freiheit der Kunst muß die von den Maderen beabsichtigte Zentrale beim Berliner Polizeipräsidenten wirken. Wir sind über den Verdacht erhaben, irgendwelchen Gemeinheiten, die zum Zwecke des Verdienens gedruckt werden, Vorschub zu leisten. Aber die Polizei ist die ungeeignetste Stelle, die über derartige Angelegenheiten entscheiden kann. Zuständig dafür könnte allein eine Stelle beim Kultusministerium sein, die von erfahrenen Männern der Kunst und der Literatur beraten werden müßte. Der Antrag Fahenders aber will den Schutzmännern darüber entscheiden lassen, was sittlich oder unsittlich ist. Er will, daß eine Zentrale für Altschugauer geschaffen wird und dieses Verlangen muß entschieden bekämpft werden.

wurde festgestellt, daß der Herr Generalarzt die Situation gerettet hatte. Der Sergeant Fischer aber träumte in dieser Nacht abwechselnd von einem Hund mit darin befindlichem Fled und vom E. R. II. das auch nicht viel größer als der Fled war. — lb

Adrian Dietrich. Gott ist dem Ursprünglichen, Beginnenden gleichgültig. In köpferliche Primitivität. Im Gegensatz zum Errechneten, Festgelegten, Eleganten Sich-Fühenden. In diesem Sinne darf der Dichter Adrian Dietrich als Gottler angesprochen werden. Bei Fränkel u. Co. veranlaßte er vor kurzem einen Vorlesungsabend, an dem er aus seinem, im „Presdener Verlag 1917“ erschienenen Buche „Ektase“ die Dichtung „Passion“, die Novelle „Der Selbstmörder“ und vor allem sein zwar kurzes, aber um so gespannteres Drama „Phantom“ vorlas, ein Stück, dessen Aufführung wirkliches Erfordernis wäre.

Jetzt ist von ihm, im Verlag Franz Ludwig Hubbel, Regensburg, „Das Tanzbuch“, ein Buch vom Tanze, erschienen. Eine wesentliche Leistung, auf die nachdrücklich aufmerksam gemacht werden soll. Hier wird der Tanz der Sphäre der Tritonbeine und Gazerdschen entrückt. Nicht ästhetisch oder psychologisch analysiert, sondern zusammenfassend betrachtet. Denn der Mensch „als religiöse Erscheinung, der Körper als Esthete des Lebens, als erotische Potenzierung und künstlerische Intarnation“ ist nicht Gegenstand einer Moral oder einer Ästhetik. Es fällt dem Europäer sehr schwer, nicht gegenständlich, sondern wesentlich zu sehen. Will man über den Körper etwas auslagern, so muß man, „da es im Prinzip nicht auf den Körper ankommt, sondern dieser nur Mittel ist, einmal kosmisch leben. Aber allein der Körper erscheint heute wichtig: die Tänzerin als ein Mittel (sozialistisch-erotischer) Ladung. Aber Tänzerinnen sind „Medien und Priesterinnen der Erotik und des Religiösen“. Tanzen ist wie Bauen, Malen, Singen Hingabe an das Unendliche. Aus Sinnlichkeit und Formgefühl. So kommt Dietrich vom Wesen des Tanzes auf das Wesen der Kunst überhaupt. Er erblickt in ihren Manifestationen Symbole kosmischen Erlebens. Aber der Tanz ist ihm die älteste der Künste. Gleichsam Wurzel aller Harmonik und Rhythmik. „Grenzenlos ist der Raum, ist das Reich des Tänzers. Sein Weg geht von Geistern zu Geistern: Weg des Schöpfers! Wahn und Wille, der die allgemeine banale Wirklichkeit vergessen macht, vor der eigenen Wirklichkeit.“

Sprechchor für die proletarischen Feiertagenden. Sonntag, den 4. Dezember, wird in der proletarischen Feierstunde im Großen Schauspielhaus neben dem Requiem auch das Chormerkel „Tag des Proletariats“ von Ernst Toller in neuer Einstudierung zur Aufführung gebracht. Montag, abends 7 Uhr, findet in der Aula des Sophien-Realgymnasiums in der Steinstraße (zwischen Alie Schönhauser und Rosenthaler Straße) ein besonderer Übungsabend statt, zu dem alle Beteiligten pünktlich erscheinen müssen. — Der Sprechchor bedarf noch einer großen Anzahl Mitwirkender. Genossen und Genossinnen, Männer und Frauen, kommt zu unseren Übungsstunden, helfe mit am großen Werk.

Die Austese der Monarchie

Im roten „Tag“ veröffentlicht Prof. Dr. Freiliger von Freitag-Loringhosen einen Artikel, in dem er die Notwendigkeit der Monarchie für Deutschland an der Hand der unzulänglichen Führer der Republik nachweisen will. Ist es an sich schon ein seltsames Unterfangen, die Minderwertigkeit der politischen Führer aus der Staatsform zu erklären, so nimmt der gelehrte freiberufliche Professor den Gipfel mit folgenden Sätzen:

„Daß Herr v. Bethmann ungeachtet aller seiner Schwächen den Herren Bauer, Müller, Fehrenbach, Birth überlegen war, daß die Herren v. Jagow und Zimmermann trotz mancher Mängel die Köpfe und Simonsturmhoch überragten, werden auch eifrige Freunde der parlamentarischen Republik nicht bestreiten.“ Es bedarf keiner Bemerkung, daß kein kaiserlicher Minister den Verfall der Friede unterzeichnet, das Londoner Ultimatum angenommen oder sich dem Genfer Spruch beugen hätte.“

Man kann dem toten Bethmann zugeben, daß er ein anständiger Politiker und Mensch war, aber ein Staatsmann von Rang war er sicher nicht. Doch der monarchistische Professor in seiner Leidenschaft aber Jagow und Zimmermann preist, beweist, wie kurz das Gedächtnis dieser Leute ist. Jagow war, darüber ist niemand im Zweifel, einer der unfähigsten Außenminister, die das kaiserliche Deutschland gehabt hat. Und Zimmermann? Wer erinnert sich nicht seiner abenteuerlichen Politik während des Krieges, die Mexiko gegen die damals noch neutralen Vereinigten Staaten aufhaken wollte. Diese Politik, die zudem noch so unglücklich ungeschickt und plump eingeschlagen war, daß sie die deutsche Diplomatie dem Gespött der Welt preisgab und mittelbar den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg verursachte? So sah die Austese der Monarchie aus. Wir haben genug davon.

Die Not der Gemeinden

Die demokratische Fraktion des Reichstags hat eine Interpellation eingebracht, in der gestagt wird, ob der Reichsregierung bekannt ist, daß die Gemeinden völlig aufgegeben sind, die Mehrkosten auszuführen. Die ihnen durch die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter auferlegt werden. Weiter, ob die Reichsregierung bereit ist, den Gemeinden schleunigt die Deckung für die neuen Aufgaben zu gewähren. Ferner wird gestagt, ob es richtig ist, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine Kontrolle der Gemeindefinanzen durch die Landesregierungen herbeizuführen.

Man wird die Demokraten bei Beratung dieser Interpellation daran erinnern müssen, daß sie gleichzeitig im Steuerauslaß des Reichstages den Versuch unternommen, durch Heranziehung der gemeindlichen Unternehmungen zur Vermögensbesteuerung den Gemeinden neue große Lasten aufzuerlegen. So sieht demokratisches Wohlwollen aus!

Kleine Nachrichten

Weitere Verhandlungen. In Bremen wurde der Oberlehrer Dr. Kuehnic, Gauwart des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zu einer verbotenen Geheimorganisation in Haft genommen.

Verordnung des Reichs unehelicher Kinder. Dem Reichstago wird zu Beginn des neuen Jahres ein Entwurf zugehen, der für uneheliche Kinder wichtige Verbesserungen bringt, indem er Adoption, Ehehindernisverletzung erleichtert und die Stellung des Kindes aus niedrigen Eben neuwert. Zunächst ändern noch Besprechungen über diese Materie mit den Ländern statt.

Sozietät in Budapest. Nach Meldungen der „Arbeiterzeitung“ fanden in den letzten Tagen in Budapest große Sozietäten statt. Die Unruhen nehmen immer größeren Umfang an. Donnerstag und Freitag wurde am besetzten Tage die Dabannogasse, in der sich eine bekannte Sannapoge befindet, von den Sozietäten abgeperrt und alle Passanten blutiggeschlagen und ausgeraubt.

Beileidigung des Achtsundneunzigjährigen in Griechenland. Der griechische Minister für öffentliche Arbeiten Schafaras erklärte, daß der Achtsundneunzigjährige abgebaut werden müsse. Diese Erklärung rief unter der Arbeiterschaft große Erregung hervor, um so mehr, als die griechische Regierung auch andere gegen die Arbeiterschaft gerichtete Maßnahmen, z. B. die Einschränkung des Koalitionsrechts, plante.

Der Fled im Hemd

Es war im Sommer des Jahres 1917. Wir lagen schon längere Zeit in Rumänien, das heißt, das Generalkommando des ersten Reservekorps, dem ich leinerzeit zugeteilt war. Unter den Soldaten wütheten Ruhr und Grippe, die Lazarette waren überfüllt, und das Sanitäts- und Bekleidungspersonal hatte alle Hände voll zu tun. Waren bisher Erkrankungen von Offizieren fast gar nicht vorgekommen, so deshalb, weil den Herren alle Abwehrmaßnahmen zur Verfügung standen und weil sie überhaupt durch sehr viel bessere Lebenshaltung gemeinhin von Krankheiten verschont blieben. Auch standen sie gewissermaßen unter ärztlicher Kontrolle, denn zu unserem Kommando gehörten ein Generalarzt, ein Stabsarzt und einige Unterärzte.

Heute aber war etwas geschehen, was den gesamten Apparat in Aufregung versetzt hatte. Der Kommandierende General hatte beim Frühstück zum Generalarzt über leichten Stuhl geklagt, worauf dieser die sofortige Untersuchung dieses äußerst bedenklichen Falles angeordnet hatte. Der Sanitätsarzt Fischer erhielt daraufhin den ehrenvollen Auftrag, eine Probe des von seiner Exzellenz zu leicht besundenen Stuhles herbeizuschaffen. In völliger Verkennung des Ernstes der Situation hatte Fischer zuerst eine sehr despektierliche Bemerkung, sich dann aber unerschrocken auf den Weg zur Wohnung des Kommandierenden gemacht. Hier ersucht er von dem Stabensoldaten seiner Exzellenz, daß der hohe Herr vor wenigen Minuten aus dem Kasino heimgekehrt sei, sofort ein neues Hemd verlangt, dieses an und sich hierauf in seine inneren Gemächer zurückgezogen habe. In dem abgelegten Hemd aber hatte der Bürsche einen Fled von sehr respektablem Umfang festgestellt, über dessen Herkunft er keinen Moment im Zweifel war und den er Fischer als äußerst geeignetes Untersuchungsobjekt empfahl.

Nachdem Fischer durch persönliche Inaugenscheinnahme zu der Überzeugung gekommen war, daß die Quantität ausreißend sei, wurde besagtes Kleidungsstück eingepackt und von Fischer in das Laboratorium des Stabsarztes Hornemann geschafft, woselbst umgehend eine hochnotpeinliche Untersuchung des mysteriösen Fledes stattfand, doch ergab dieselbe allfälligerweise zu Befürchtungen für das zu überaus notwendig Wohlbedingten seiner Exzellenz keinerlei Anlaß. Als abends im Kasino der Herr Generalarzt dem Herrn Kommandierenden Bericht erstattete und seiner Freude über das negative Resultat der Untersuchung gehorsamst Ausdruck gab, atmete das gesamte Offizierskorps auf, hatte man doch schon befürchtet, daß der morgen fällige Berathung in Frage gestellt sei, der doch immer so sehr anregend verlief und in die allabendliche Meinungswechsel solch angenehme Abwechslung brachte. Allgemein

Juryfreie und Sezession

Die Parteikammern sind heute längst nicht mehr so scharf angezogen wie etwa noch vor dem Kriege, als jeder Künstler, der überhaupt ausstellen wollte, einer Gruppe beitreten mußte und in deren Ausstellungen und nur in deren Ausstellungen dann regelmäßig zu finden war. Ausstellungen sind heute immer weniger Parteiparaden, als einfach Möglichkeiten, neue Arbeiten zu zeigen. Derselbe Künstler stellt zur gleichen Zeit hier und dort aus — und in der Tat: Ist es heute noch einen Gedanken wert, zu grübeln, was etwa die Berliner Sezession für ein künstlerisches Ideal haben könnte? Sie hat so wenig eins wie die anderen Verbände. Sie ist eine Ausstellungsmöglichkeit, weiter nichts mehr; keine Sache, an die man durch eine künstlerische Überzeugung wesentlich und ausschließlich gebunden sein könnte. So finden wir jetzt, daß selbst nächste Mitglieder der Sezession zur gleichen Zeit in der Juryfreien (im Glaspalast am Lehrter Bahnhof) ausstellen. Und auch aus anderen Lagern zieht die Juryfreie die Künstler an. Ganz logisch. Denn die Entwicklung geht zur Juryfreien, zur neutralen Ausstellung ohne Filter und ohne „Ideal“. (Wie sagte schon Courbet 1855 im Katalog zu seiner Ausstellung: „Das Ideal! oh, oh, oh; ach, ach, ach! Welch eine Belancierstange! oh, oh, oh; ach, ach, ach!“) Vorläufig übt freilich die Juryfreie noch eine verkehrte Jury durch die herbeiziehende oder dämpfende Art, die Eingänge zu hängen.

Die Juryfreie ist dieses Jahr besonders interessant. Sie wird mehr und mehr die Ueberbrückung über die Produktion des Jahres. Es ist daher unbillig, sie weiterhin auf die kalten Monate zu verlegen. Man sollte ihr das Glaspalast für den Sommer einräumen und die offizielle Große Berliner, falls sie überhaupt dann noch nötig ist, ihr folgen lassen.

In beiden Ausstellungen zeigt sich eine der Zahl nach starke Gruppe von Romantikern. Ihr gehört offensichtlich der Geldmad „weiter Käuferkreis“. In der Sezession (Kurfürstendamm 232) ist jedes zweite Bild verkauft, und die Romantiker haben ausverkauft. Das Zentrum der Romantiker ist die Familie Richter: Robert, Klaus und Erik. Robert Richter hat sonst ein paar sympatische Bilderbücher gezeichnet. Erik ist eine schwache Wiederholung von Klaus — und um Klaus ist es schade! Sein Freund Magnus Jeller hat den Weg heraus aus dem romantischen Geirump gefunden und geht mutig den sehr viel gewiseren Weg zur Gestaltung. Klaus Richter, außerordentlich begabt, läßt sich im literarisch-anekdotalen-Realistischen schaffend nieder. Als Illustrator etwa der Cervantes-Erzählung von der „Nacht des Blutes“ in der schönen Ausgabe des Euphorion-Verlages wirkte er erfolgreich. In seine Bilder kommt mehr und mehr ein schauwunderlich-konkretes Aus. Eine ganze Serie von Malern ahmt ihn bereits nach. Das Selbstbildnis dieses ist die „Ruhe auf der Klippe“ — das ist sehr das deutsche aller Themen. Weder in der italienischen, noch in der niederländischen Malerei spielt es eine Rolle; es ist das deutsche Thema, fast mit symbolhafter Zulassung: „Ruhe auf der Klippe“. Die Romantiker ist dem Wesen nach flüchtig — und unter dem Anspruch auf künstlerische Gestaltung angesehen, wird diese flüchtige Fluchtzeit. Übrigens: Wenn ich schon einen „Romantiker“ wählen

Leute, die es sich leisten können, wollen sich ihre Gelder in Grundstücken anzulegen. Eine besonders lebhaft private Bautätigkeit ist in Dahlem zu beobachten. Hier sind Dutzende von Villenbauten im Gange, und immer weitere Grundstücke dieses bevorzugten und günstig gelegenen Landhausgebietes werden von der städtischen Siedlungsgesellschaft Dahlem verkauft. Das Geschäft nahm zeitweise einen so großen Umfang an, daß die Direktion der Gesellschaft ihre Büroräume in der Eichhornstraße in der vorigen Woche schließen mußte, um die vorliegenden Grundstücksverträge auszuführen. Insbesondere in Dahlem, aber auch in Lichterfelde, Grunewald und Wannsee ist die Tätigkeit festzustellen, daß der größte Teil der Grundstücksverkäufe und Bauherren sich aus den Kreisen derer zusammensetzt, die ihre alten Wohnhäuser oder Villen im Berliner Westen, insbesondere im Tiergartenviertel an Geschäftsunternehmer und Ausländer, namentlich an ausländische Missionen zu hohen Preisen verkauft haben und den Erlös dazu verwenden, um sich in dem landschaftlich schöneren und gesünderen Außengebiet Berlins neu anzusiedeln. Sie gehen dabei auf den Vorzug, daß ihr Eigentum von keiner Zwangseinquartierung mehr bedroht wird.

Mit einem Wort: die Reichen und die Schieber bauen sich Villen und Landhäuser, und das Volk — liegt auf der Straße. Es lebe die Privatbautätigkeit!

Proletarische Feierstunden

Die zum 11. Dezember angekündigte Veranstaltung muß verzagt werden. Sie findet bereits eine Woche früher, nämlich am Sonntag, dem 4. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus statt. Eintrittskarten zu 4 Mark sind bei den Funktionären, in der Buchhandlung „Freiheit“ und in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Die Funktionäre werden gebeten, die Karten sofort vom Bureau der Arbeiter-Bildungsschule abzuholen.

Verkehrsbesserung bei der Hochbahn. Infolge der Zugüberfüllungen wird bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn vom Montag ab ein neuer Fahrplan in Kraft treten, der in den Morgen- und Abendstunden zweifache Zugfolge von zwei Minuten vorzieht. Bei dieser Gelegenheit soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Hochbahngesellschaft immer noch unter der Kohlenknappheit zu leiden hat und aus diesem Grunde in ihren eigenen Stromzentralen nur in den verkehrsstarke Stunden eine dichtere Zugfolge einführen kann.

Mißglückter Raubüberfall. Gestern abend betreten drei junge Burken den Laden des Schuhwarenhandlers Hermann Rabbe, Alexanderstraße 26, unter dem Vorwand, etwas kaufen zu wollen. Mächtig verärgert sie, über ihn herzufallen. Der Angreiffene wehrte sich aber kräftig, und auf seine Hilferufe liefen sie davon. Als das telephonisch alarmierte Überfallkommando am Tatort eintraf, waren die Burken nicht mehr aufzufinden.

Die Neuwahlen für den Teilmeyer Kreisstag. Der II. Senat des Oberverwaltungsgerichts hat bekanntlich in der Berufungsklage des Teilmeyer Kreisstages gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses zu Potsdam, die am 20. Februar abgemacht mit den Landtags- und Provinzialwahlen durchgeführten Kreisstagswahlen für ungültig erklärt. Innerhalb sechs Wochen nach der schriftlichen Zustellung dieses Urteils müssen daher neue Neuwahlen für den Kreisstag stattfinden. Voraussichtlich werden diese Neuwahlen schon im Januar 1922 vorgenommen werden.

Ein großer Radiumdiebstahl beschäftigt jetzt die Berliner Kriminalpolizei. Es handelt sich um den großen Radiumdiebstahl in München, bei dem Radium im Werte von 800.000 Mark gestohlen wurde. Der Dieb ist bereits festgestellt, es ist der Maler Julius Rauchenstein, der bereits wegen Betruges mehrfach gefasst wurde. Als er merkte, daß man ihm auf die Spur gekommen war, zog er es vor, im D. Zug abzureisen. Im Speisewagen wurde er jedoch erkannt und da seine Verhaftung bevorstand, sprang er unmittelbar vor der Einfahrt des Zuges in die Station Donauwörth aus dem noch fahrenden Zuge. Seine Spur konnte jetzt nicht mehr gefunden werden. In Frankfurt a. M. befand er sich meist in Gesellschaft eines angeblichen Martinisch, der ihm wahrscheinlich bei seinen Betrügereien und Diebstählen behilflich war. Rauchenstein führte das gestohlene Radium bei sich. Es befindet sich in einem kleinen Platindröhen, das mehrere eingedrückte Stellen aufweist.

Der erste Kongress der religiösen Sozialisten Deutschlands beginnt Sonnabend, den 26., um 3 Uhr nachmittags in der Neuen Wilhelmshalle, Köpenicker Straße 96/97. Einberufen ist er vom Bund religiöser Sozialisten und schließt am Montag mit einer öffentlichen Versammlung in der Aula, Kochstraße 65, mit einer Kundgebung unter dem Motto: „Was wollen die religiösen Sozialisten?“ Beginn 7 1/2 Uhr.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Zeitweise neblig, sonst trocken und vielfach heiter, etwas milder bei mäßigen Südöstlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Rechtsverdreher

Die großen industriellen Unternehmungen beschäftigen u. a. juristische Beretzer. Welche Streiche sich einzelne dieser unglücklichen Rechtsverdreher leisten, zeigt der folgende interessante Fall.

Der Schlichtungsausschuh Groß-Berlin hat am 21. November 1921, nachdem in der gleichen Streitsache vorher bereits 17 Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuh, 7 Gewerbegerichtsöffnungen, 4 Verhandlungen vor dem Landgericht und eine größere Anzahl Besprechungen vor dem Demobilisationskommissar stattgefunden haben, nach einem über 22 Monate währenden Streik über die im Januar 1920 erfolgte ungerechtfertigte Entlassung eines Meisterstellenvertreters der A. E. G., Brunnensstraße, nach mehrstündiger Verhandlung unter einem unparteiischen Vorsitzenden einstimmig folgenden Schiedsspruch gefällt:

„1. Die Entlassung des Beschwerdeführers am 17. 1. 1920 ist zu Unrecht erfolgt. 2. Der Beschwerdeführer ist wieder einzustellen. 3. Der Anspruch des Beschwerdeführers auf Entschädigung für die Zeit seiner Arbeitslosigkeit ist berechtigt.“

Der Schiedsspruch führt folgende Gründe an: Durch rechtskräftiges Urteil des Gewerbegerichts, verkündet am 27. April 1920, dem sich die Kammer auf Grund der eingehenden Verhandlung voll anschließt, steht fest, daß die Antraggegnerin nicht zur sofortigen Entlassung des Beschwerdeführers aus einem gesetzlichen wichtigen Grunde berechtigt war.

Ferner hat die Kammer nach reiflicher Prüfung die Ueberzeugung nicht gewonnen, daß der Beschwerdeführer überhaupt einen Grund zu seiner Entlassung gegeben hat. Auf Grund der Demobilisationsverordnung vom 3. 9. 19, in Verbindung mit der Verordnung vom 12. 2. 20, hat der Beschwerdeführer Anrecht auf Entschädigung seitens der Antraggegnerin für die Zeit seiner Arbeitslosigkeit.

So klar hiernach die Rechtslage war, so fallch ist schmerzhaft die A. E. G. von ihrem juristischen Vertreter über den Fall informiert worden. Denn sonst hätte die A. E. G. zweifellos bereits Verhandlungen nehmen müssen, das Recht des Entlassenen auf seine WiederEinstellung anzuerkennen. Mit wessen Mitteln der juristische Vertreter der A. E. G. gearbeitet hat, geht u. a. daraus hervor, daß er — von der Kammer nach vergeblicher Stundenlanger Obstruktion in die Enge getrieben — ausdrücklich erklärte, nunmehr alle formalen Einwendungen gegen die Zusammenlegung der Kammer fallen zu lassen und sich gleichmäßig als — verhandlungsunfähig bezeichnende und um Verletzung der Verhandlung dat, da er sich sehr krank fühlte. Dieser Kranke Herr ist dann zum Fabrikbureau zurückgegangen, um dort gleich eine meierlange Beschwerde an den Demobilisationskommissar zu richten! Die wenig man dem Wort eines solchen Juristen trauen darf, hat dieser junge Herr damit bewiesen. Daß dieser Herr von seiner „Krankheit“ auch jetzt noch nicht wieder hergestellt ist, bewies, abgesehen von seinem mehr als eigenartigen Verhalten, die Tatsache, daß er in der letzten Verhandlung den Schlichtungsausschuh bereits längere Zeit vor Schluß der Sitzung verließ, um sich in einem benachbarten Café von der geleisteten Riesearbeit zu erholen. — So mußte er sich bebauerlicher Weise selbst um das Vergnügen bringen, die Verkündung des Schiedsspruches anzuhören.

An die Angestellten der Berliner Metallindustrie!

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat uns mitgeteilt, daß er nicht in der Lage wäre, auf die von uns laut Beschluss der letzten Funktionärenversammlung ihm übermittelten Forderungen einzugehen. Zwischen ist aber eine Verständigung erzielt worden dahingehend, daß Montag, den 28. d. Mts., zwischen den Angestelltenverbänden und dem Verband Berliner Metallindustrieller in dessen Geschäftsstelle Verhandlungen stattfinden, in denen zunächst die endgültige Durchführung der Vereinbarungen vom 14. Oktober d. Js. besprochen bzw. beschlossen werden soll. Das weitere Ergebnis dieser Verhandlungen wird in einer am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche von uns einuberufenen Versammlung der AM-Funktionäre und AM-Betriebsräte der Metallindustrie bekanntgegeben werden.

Die in den Betrieben zur Zeit verbreiteten Mitteilungen über Gewährung von Wirtschaftsbeteiligungen usw. sind nur Gerüchte. Wir bitten unsere Funktionäre, dafür Sorge zu tragen, daß diese wilden Rumoren überall als das bekannt werden, was sie sind. Weiter müssen unsere Funktionäre dafür sorgen, daß sie nicht denen Folge leisten, die die gegenwärtige Tarifbewegung in der Metallindustrie zur Unterstüzung ihrer besonderen nicht gewerkschaftlichen Absichten benutzen wollen. Wir sind bereit, auf Anfragen alle notwendigen Auskünfte zu erteilen. Unsere Geschäftsstelle befindet sich jetzt Berlin N. 39, Reinickendorfer Straße 118. Fernruf Moabit 4830/31. Allgemeine freier Angestelltenbund, Ortsteil Groß-Berlin. J. I. a. u. D. D. D.

Notlage der Berufsfeuerwehrmänner

Die Feuerwehrmänner, die in die schlechtestbezahlte Lohnklasse eingereiht wurden, befinden sich in einer schweren Notlage. Am 23. November fand in den Sophienhallen die Generalversammlung der Berufsfeuerwehrlaute statt, in der das reaktionäre Verhalten der Behörden gegenüber wurde. Die Verwaltung verweigerte und lehnte es ab, daß die Feuerwehrleute der Reichsbefehlsungsordnung unterstellt würden, so daß das Einkommen derselben stark gekürzt wurde. Bisher sind nämlich die Feuerwehrleute als städtische Beamte bezahlt worden. In einer Resolution wurden die Wünsche der Feuerwehrleute folgendermaßen zusammengefasst: „Das sprunghafte Emporsteigen der Preise für Lebensmittel und die notwendigen Bedarfsgegenstände hat die Beamten der Feuerwehr in eine derartige Notlage gebracht, daß sie nicht mehr imstande sind, ohne Gefährdung ihrer Gesundheit den Dienst in der bisherigen Weise auszuführen. Die zuletzt gezahlten Differenzbeträge sind so gering, daß sie an der Notlage der Beamten nichts ändern. Der Vorstand der Ortsgruppe wird daher beauftragt, sofort mit dem Magistrat in Verhandlungen zu treten wegen Gewährung eines Fortschusses von 2000 Mk. auf die durch Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit der Regierung zu erwartende Erhöhung der Einkommen. Sollte eine nennenswerte Erhöhung der Einkommen nicht stattfinden, so daß die zu erwartenden Differenzbeträge geringer sind als der Fortschuß, darf keine Rückzahlung stattfinden. Die Beamten lassen keinen Zweifel darüber, daß, wenn ihnen nicht schnell geholfen wird, sie durch die Not gezwungen sind, zu den letzten gewerkschaftlichen Mitteln zu greifen.“

Arbeiter'port

- Ein Tischler/Brottrug über die Mitfolgebahn wird von der Berliner Ortsgruppe der Arbeiterbildungsvereine am Sonnabend abend in der Sophienhalle, Reinickendorf, 16-17, veranstaltet. Für den heute wieder dringend notwendigen Kampf gegen den Alkoholismus will der Kartog die geliebten Weinen liefern. Er ist zu dem Zweck sehr baldig wieder befristet werden.
- 2. M. Meteorwende. Fahrten für Sonntag, 27. November. Abt. Elektrizität: 6.30 Uhr vom Bahnhof Steglitz. Abt. Schlüterberg: 7.00 Uhr vom Bahnhof Steglitz.
- Die „Arten Schwimmer“ (Ritterling) (Mitgl. d. V. M. B. S.) veranstalten am Sonntag nach 8 Uhr in der Hdt. Koltzobadhallen, Krumme Str. 10, ein Winterbaden. Der Eintrittspreis beträgt 3 Mk.
- Der Schwimmverein Fortschritt-Berlin 1917 (Mitgl. d. V. M. B. S.) veranstaltet am Sonntag im Ostbad Reinickendorf, Schlüterberg, ein diesjähriges lokales Schwimmsportfest. Spannende Kämpfe, feine Demonsstrationen, Schwimmproben, Lagen und Einzelwettkämpfe bilden das Programm. Die Schwimmsportfestung ist gegen Fortschritt-Berlin. Beginn der Veranstaltung punktlich 3 Uhr. Kaufsloft in allen Angestelltenstellen erteilt Geschieße K. Seibt, Reinickendorf, Schlüterberg.
- Ein fleißiges Donnerstagesabendbespiel am Sonntag, den 27. November, nach 8 Uhr, die Freie Arbeitervereinsklub-Reise in der Turnhalle der Arbeiter-Direktorschule, Reinickendorf, Ufer Straße. Eintritte in beiden Richtungen. Brig. Gauschstr. 97, Kommerz und Lang.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 26. November

- NeuN. 7. Bezirk. Heute findet im Hotel von Kalkun, Berg, Ecke Donaustraße, die Parteiverammlung statt. Alle Genossen sind herzlich eingeladen.
 - Sonntag, 27. November
 - 18. Bezirk, 224. und 225. Bezirk. Abends 8 Uhr Unterhaltungsabend bei Müller, Wallis-Dele, Ecke Uferstraße 12. Konzert und Vorträge. Parteilosen, freitwillig und Freunde der U. S. V. D. sind herzlich eingeladen.
 - Montag, 28. November
 - 1. Verwaltungsbereich Berlin-Mitte. 1. 2. 3. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommissionen des Rates, Kaiserstr. 41. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.
 - 2. Verwaltungsbereich (Mitgl. Kreisrat). Abends 7 1/2 Uhr Frauenabend bei Köhnle, Gauschstr. 11. Geben für die Weihnachtsfeier sind beim Genossen Gausch, Gauschstr. 11, abzugeben.
 - 3. Bezirk (Schlüterberg). Abends 7 Uhr Weihnachtsfeier bei Müller, Uferstr. 17. Alle Parteimitglieder.
 - 4. Bezirk. Abends 8 Uhr gemeinsame Sitzung der Frauenarbeits- und Kleinarbeitskommissionen, der Bildungscommissionen und des Jugendleiters bei Föhne, Gauschstr. 11.
 - 5. Bezirk. 7 Uhr Frauenabend in der Schule Kottbusch. 9. Vortrag der Genossin Seeger.
 - 6. Bezirk (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Frauenabend bei Kottbusch, Bergmannstr. 17. Ecke Hermannstraße. Vortrag der Genossin Jacobson. Die Mitarbeiter der Frau in der Gemeinde.
 - 7. Bezirk (Kreuzberg). Abends 7 1/2 Uhr gemeinsame Sitzung der Jugend-, und Jugendkommissionen bei Köhnle, Gauschstr. 11.
 - 8. Bezirk. 2. Abteilung. Die Genossen, die an der Vorbereitung der Weihnachtsfeier teilnehmen wollen, treffen sich abends 7 Uhr bei Wagner, Kottbuscher Straße 17.
 - Charlottenburg, Weihnachtsfeier. Die arbeitslosen Genossen werden gebeten, sich spätestens heute ihre Absicht sowie Zahl der Kinder den Gruppenleiter mitteilen.
 - Schöneberg-Friedmann. Frauenabend bei Krause, Gauschstr. 11. Vortrag: „Was bietet die Sozialpolitik der Frauen“. Es gelangen zur Ausgabe: „Die Kampfzettel“ und „Die laufende Frau“.
- Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung: Leo Fischel in Berlin-Tiergarten. für den Anzeigen- und gewerkschaftlichen Teil: R. Kuhnert in Berlin. für den Parteisektoren- und gewerkschaftlichen Teil: R. Kuhnert in Berlin. Druck: Berliner Drucker G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 84.



Seelen erschienen!

*Infulmir
Ganzjahres
von Kleinanzwini*

Von Ad. Jensen u. W. Lomaxus / Buchdruck v. Hugo Sittler
Halbleinen gebunden, der Titel in Dreifarbenbrud
12.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C 2
Breite Straße 8-9

Nach in allen Filialen der „Freiheit“ vorrälig

Teilzahlung

**Brannsch
Lauten
Kassellana
Gitarren**

Schmidt
Peteraburger Str. 23 1.

Ullmetalle
kauft in hohen Preisen
Schloß
SO. Waldemarstraße 61.

**Gold-
Silber-
Platin-**
kauft

**Gotzkowsky-
Straße 13.**

**Botenfrauen
sofort gesucht**

Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9

Expedition Lachmann
Stargarder Straße 13

Expedition Wengels
D, Cadiner Straße 11

Rübensdorfer Str., Fruchtstr., Viehgr.

**Kreuz- Alaska-Silber-
Zobel-Rohwolle**
Samen bittig
von 30 Mk. an

Shunks-Born, (ehr
MIDIG)

Polzfutter
für Büren und Herrn
von 250 Mk. an

Felle i. Besatz
amer. Sp. 65, amer. Sp.
116, Best. 2. 25. liberat.
fell. 45 Mk. an

Herzote-falle
für Sportler, sehr
verarmert.

**Polzwerkhaus
A. Klat & Co.**
Ressehalder Str. 40-41
am Hackenmarkt

Säle frei! 1. Reihelidkt.
u. Verlammi.
29 Jahren Prof. 1920
Reisekosten, Kappeler.
Anhaber Kulturamagk

Reisfeldstecher
s. und 2. sch. lauchhabig
M. Stöckerbauer,
Berlin W9, Teichmann
Str. 123 (Wohn 9260)

Heinrich Heine

**Die soziale
Weltrevolution**
enthält
die berühmtesten
propheetischen
Aussprüche

**Dieser Band
ist noch von der
Erfassung
der
Vermischten
Schriften**
von 1854 vorhanden
und kann wegen der
Pariser Briefe
als eine
**besondere
literarische
Denkwürdigkeit**
angesehen werden!

Preis
12.- Mark

Leinwand 15.- Mark

Buchhandlung
„Freiheit“
Berlin - Breite Str.

Kleine Anzeigen

Das Heberklärungsamt 2.- Mk. jedes weitere Wort im Satz 1.50 Mk. netto.
Chiffersprüche: Heberklärungsamt 1.50 Mk. jedes weitere Wort im Satz 1.- Mk.

Verkäufe

General-Kochhaus,
Nachstraße 71, Ecke Pa-
schenstraße. Köchliche
Verkauf von Landweins-
gebräu, Kettensagen,
Smalings und Frode-
Kocher von 150 Mark
an. Schöneberg, Klagen-
au zu handhübigen Preisen
Reine Verabreichung.

Kreuzstraße 100. -
Kleinhandl. elegante Damen-
schleier! Silberfäden!
Schleier! Quailum
Kettensagen! Ueber
Goldmesser! Silber-
Ueber - Melldauerer-
Kettensagen! (Rein-
Verarmert). Vian-
leibhaus Ghdhauer
über 118 (Reinhand-
Kettensagen! Kettensagen!
Kettensagen!

Kreuzstraße 75. Silber-
schleier 100. reine Silber-
schleier 50. Kettensagen!
Kettensagen! Kettensagen!
Kettensagen! Kettensagen!

Monatsscheine,
Kettensagen! Kettensagen!
Kettensagen! Kettensagen!
Kettensagen! Kettensagen!

Stauenerregend!
Kettensagen! Kettensagen!
Kettensagen! Kettensagen!
Kettensagen! Kettensagen!

Graufesuche

Kettensagen, vom kast
Kettensagen 17.

Möbel

Glänze Möbel. Ein-
zimmer, Schilzimm.
Kettensagen, Kettensagen.
Kettensagen in guter
Kettensagen. Ein Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.

**Wertzeuge
u. Maschinen**

Spezialbohrer, Kettensagen,
Kettensagen, Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.

Bericht Genes

Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.
Kettensagen. Kettensagen.

Bücher- und Bilderausstellung der Freiheit-Buchhandlung / Breite Str. 8-9

Täglich geöffnet bis 6 Uhr abends (An Sonntagen geschlossen)